

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 25. August 1998
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Eigentumsschutz und Entschädigungspflicht im Falle von Enteignungen sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein Vollzugsaufwand.

Fristablauf: 26. 11. 99

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau.

15. 10. 99

Wi

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 25. August 1998
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
022 (432) – 651 09 – Ka 122/99

Berlin, den 15. Oktober 1999

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

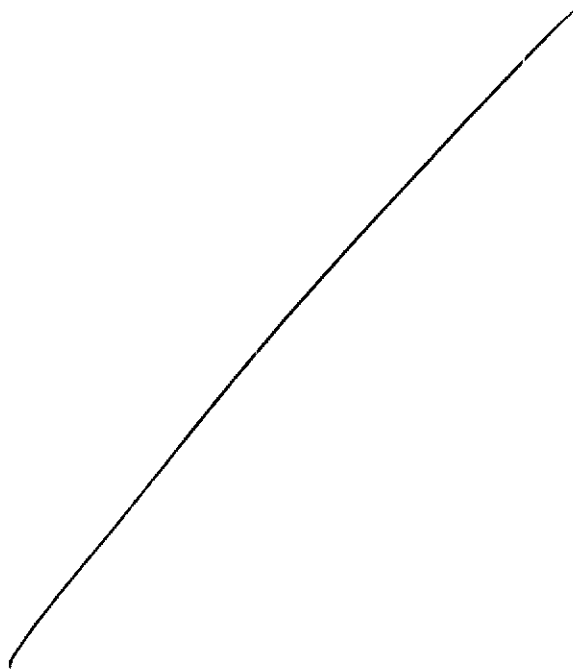
Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 25. August 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das Bundesministerium des Auswärtigen.

Gerhard Schröder

Fristablauf: 26. 11. 99



Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 25. August 1998
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Mexiko-Stadt am 25. August 1998 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 22 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 22 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Mexiko schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Acuerdo
entre la República Federal de Alemania
y los Estados Unidos Mexicanos
sobre Promoción y Protección Recíproca de las Inversiones

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Mexikanischen Staaten –

La República Federal de Alemania
y
los Estados Unidos Mexicanos,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsstaaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein bilateraler vertraglicher Schutz von Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Animados por el deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados Contratantes,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de los nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes en el territorio del otro Estado Contratante.

Reconociendo que el fomento y la protección de las inversiones mediante un Acuerdo bilateral pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

Han convenido lo siguiente:

Teil I
Investitionsschutz

Artikel 1
Definitionen

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die direkt oder indirekt zu wirtschaftlicher Betätigung oder zu sonstigen unternehmerischen Zwecken erworben oder genutzt werden, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche aus jeder Art von Kapitaleleistungen zur Schaffung eines wirtschaftlichen Wertes oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) Rechte aus öffentlich-rechtlichen Konzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt,

Parte I
Protección de las Inversiones

Artículo 1
Definiciones

Para los fines del presente Acuerdo:

1. El concepto de «inversiones» comprende toda clase de bienes adquiridos o utilizados, directa o indirectamente, para actividades económicas u otros fines empresariales, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) derechos derivados de todo tipo de aportaciones de capital para crear un valor económico o derechos a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de propiedad intelectual, en especial, derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, conocimientos técnicos (know-how), prestigio y clientela (good-will); y
 - e) derechos derivados de concesiones otorgadas por entidades de derecho público.

Las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan su carácter de inversión, siempre y cuando

sofern die geänderte Form von der vorangehenden Definition umfaßt wird.

Kapitalanlagen umfassen jedoch nicht Handelsgeschäfte, die ausschließlich dem Verkauf von Gütern oder Dienstleistungen dienen; Kredite zur Finanzierung von Handelsgeschäften mit einer Laufzeit von weniger als drei Jahren; andere Kredite mit einer Laufzeit von weniger als drei Jahren, sowie Kredite an einen Vertragsstaat oder ein staatliches Unternehmen. Dies gilt nicht für Darlehen, die ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft eines Vertragsstaats einem Unternehmen des anderen Vertragsstaats gewährt, das im Eigentum oder unter dem Einfluß des vorgenannten Staatsangehörigen oder der vorgenannten Gesellschaft steht, sowie für Kredite Dritter an Unternehmen, die keine staatlichen Unternehmen sind, das heißt Unternehmen, die privatrechtlich organisiert sind und sich sowohl in privatem als auch in öffentlichem Eigentum befinden, wenn der Kredit u.a.

- a) projektgebunden ist,
 - b) eine Laufzeit von mehr als drei Jahren hat,
 - c) der Finanzierung des Vorhabens dient,
 - d) dem Kreditgeber wirtschaftliche Risiken zuweist und
 - e) dem Kreditgeber ermöglicht, direkt oder indirekt über den Staatsangehörigen oder die Gesellschaft Einfluß auf die Geschäfte des Projekts zu nehmen;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
 3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Vereinigten Mexikanischen Staaten:
Mexikaner im Sinne der Politischen Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten;
 4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“ jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaats hat und nach dessen Recht gegründet oder organisiert ist, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
 5. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ das Gebiet jedes Vertragsstaats einschließlich des Küstenmeeres sowie der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung souveräner Rechte oder Hoheitsbefugnisse in diesen Gebieten gestattet.

Artikel 2

Förderung, Zulassung und Schutz von Kapitalanlagen

(1) Jeder Vertragsstaat wird Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften in seinem Hoheitsgebiet zulassen.

(2) Jeder Vertragsstaat gewährt Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des erstgenannten Vertragsstaats vorgenommen worden sind, vollen Schutz und Sicherheit.

(3) Jeder Vertragsstaat wird Kapitalanlagen des anderen Vertragsstaats in jedem Fall gerecht und billig behandeln. Ebenso wird er die Betätigung, die Verwaltung, die Unterhaltung, den

dichas modificaciones estén comprendidas en la definición anterior.

Sin embargo, «inversiones» no incluye las transacciones comerciales diseñadas exclusivamente para la venta de bienes o servicios y créditos para financiar las transacciones comerciales con una duración menor a tres años, otros créditos con una duración menor a tres años, ni los créditos otorgados a un Estado Contratante o a una empresa del Estado. Lo anterior no se aplicará a préstamos otorgados por un nacional o sociedad de un Estado Contratante a una sociedad del otro Estado Contratante que sea propiedad de o esté controlada por éstos, ni tampoco a préstamos de terceras personas a sociedades que no sean consideradas empresas estatales, i.e. organizadas bajo el derecho privado, con capital mixto público y privado, siempre que el préstamo, i.a.:

- a) sea para un proyecto específico,
 - b) tenga una duración de más de tres años,
 - c) sirva para financiar ese proyecto,
 - d) asigne al acreedor riesgos comerciales y
 - e) permita al acreedor intervenir, directa o indirectamente, en el proyecto, a través del nacional o sociedad.
2. El concepto de «rentas» designa aquellas cantidades que correspondan a una inversión, como participaciones en los beneficios, dividendos, intereses, regalías u otras remuneraciones.
 3. El concepto de «nacionales» designa:
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania:
los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
 - b) con referencia a los Estados Unidos Mexicanos:
los mexicanos en el sentido de la Constitución Política de los Estados Unidos Mexicanos.
 4. El concepto de «sociedades» designa a todas las personas jurídicas, así como a todas las sociedades comerciales o demás sociedades o asociaciones, constituidas u organizadas conforme a las leyes de uno de los Estados Contratantes y que tengan su sede en el territorio de alguno de los Estados Contratantes, independientemente de que su actividad tenga o no fines lucrativos.
 5. El concepto «territorio» comprende el territorio de cada Estado Contratante, incluyendo el mar territorial así como la zona económica exclusiva y la plataforma continental, siempre que el Derecho Internacional conceda al respectivo Estado Contratante el ejercicio de derechos de soberanía o jurisdicción en estas áreas.

Artículo 2

Promoción, Admisión y Protección de Inversiones

1. Cada uno de los Estados Contratantes promoverá, en la medida de lo posible, las inversiones de nacionales o sociedades del otro Estado Contratante, y las admitirá, en su territorio, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes.

2. Cada Estado Contratante otorgará plena protección y seguridad a las inversiones efectuadas conforme a sus disposiciones legales, por nacionales o sociedades del otro Estado Contratante.

3. Cada Estado Contratante otorgará en todo momento un tratamiento justo y equitativo a las inversiones del otro Estado Contratante. En ningún caso, los Estados Contratantes perjudicarán

Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über diese Kapitalanlagen in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

la operación, administración, mantenimiento, uso, goce o disposición de dichas inversiones a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter maßgeblichem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 im Zusammenhang mit ihren Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

Schutz im Falle von Enteignungen

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl, in nicht-diskriminierender Weise, in einem geordneten rechtlichen Verfahren und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder direkt oder indirekt anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen.

(2) Die Entschädigung muß dem angemessenen Marktwert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem handelsüblichen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und gemäß Artikel 6 frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme, sowie der Höhe der Entschädigung muß in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Schutz in sonstigen Fällen

Staatsangehörige oder Gesellschaften eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegen-

Artículo 3

Tratamiento a las Inversiones

1. Cada Estado Contratante brindará a las inversiones en su territorio, que sean propiedad o estén controladas por nacionales o sociedades del otro Estado Contratante, un trato no menos favorable que el que conceda a las inversiones de sus propios nacionales y sociedades o a las inversiones de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2. Cada Estado Contratante brindará a los nacionales o sociedades del otro Estado Contratante en su territorio, en cuanto se refiere a las actividades señaladas en el Artículo 2, párrafo 3 y relacionadas con sus inversiones, un trato no menos favorable que el otorgado a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

3. Dicho trato no se refiere a los privilegios que uno de los Estados Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio, o a causa de su asociación con tales agrupaciones.

4. El trato acordado por el presente Artículo no se refiere a las ventajas que uno de los Estados Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

Artículo 4

Protección en Caso de Expropiación

1. Las inversiones de nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes no podrán ser, en el territorio del otro Estado Contratante, expropiadas, nacionalizadas ni sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan, directa o indirectamente, a expropiación o nacionalización más que por causas de utilidad pública, sobre bases no discriminatorias, con apego a un debido proceso legal, y deberán, en tal caso, ser indemnizadas.

2. La indemnización deberá corresponder al valor justo de mercado de la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o la medida equivalente. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago a una tasa comercial normal, deberá ser efectivamente liquidable y libremente transferible, de conformidad con lo dispuesto en el Artículo 6. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equivalente, deberán tomarse disposiciones adecuadas para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equivalente, y de la cuantía de la indemnización será susceptible de revisión en un debido procedimiento legal.

3. En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente Artículo, los nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes gozarán en el territorio del otro Estado Contratante del trato de la nación más favorecida.

Artículo 5

Protección en Otros Casos

Los nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio del otro Estado Contratante, no serán tratados por éste menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades, o los nacionales o sociedades de

leistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Staatsangehörige oder Gesellschaften dritter Staaten. Solche Zahlungen müssen gemäß Artikel 6 frei transferierbar sein.

Artikel 6

Transferleistungen

(1) Jeder Vertragsstaat stellt sicher, daß alle Zahlungen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats frei transferiert werden können, insbesondere

- a) das Kapital und zusätzliche Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) die Erträge;
- c) die Rückzahlung von Darlehen;
- d) der Erlös im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) die in Artikel 4 und 5 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 und den Artikeln 5, 6 oder 7 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 ist ein Vertragsstaat befugt, die Rechte von Gläubigern zu schützen oder die Einhaltung von Gesetzen sicherzustellen im Hinblick auf die Ausgabe von bzw. den Handel und den Verkehr mit Wertpapieren, die Berichtspflicht für den Transfer von Zahlungsmitteln oder anderen geldnahen Finanztiteln oder die Erfüllung von Urteilen in zivil-, verwaltungs- und strafrechtlichen Verfahren zu gewährleisten, indem er seine Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften in gerechter und nicht-diskriminierender Weise und nach Treu und Glauben anwendet.

(4) Gibt es keinen Devisenmarkt, ist der letztgültige Kurs für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte heranzuziehen.

Artikel 7

Subrogation

Leistet ein Vertragsstaat seinen Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Der andere Vertragsstaat erkennt den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit ist jedoch die Ausübung und Geltendmachung dieser Rechte und Ansprüche nur durch eine natürliche oder eine in Privateigentum stehende juristische Person möglich, deren sich der erstgenannte Staat als Prozeßführungsbefugten bedient. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 und 6 entsprechend.

Artikel 8

Sonstige Bestimmungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

terceros Estados, en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades deberán ser libremente transferibles según lo dispuesto en el Artículo 6.

Artículo 6

Transferencias

1. Cada Estado Contratante garantizará que todos los pagos relacionados con una inversión de nacionales o sociedades del otro Estado Contratante puedan ser libremente transferidos, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) del producto de la inversión en caso de liquidación o enajenación total o parcial;
- e) de las indemnizaciones previstas en los Artículos 4 y 5.

2. Las transferencias conforme al Artículo 4, párrafo 2, así como a los Artículos 5, 6 ó 7, se efectuarán sin demora, al tipo de cambio vigente en el mercado en la fecha de la transferencia.

3. No obstante lo dispuesto en los párrafos 1 y 2, los Estados Contratantes podrán impedir la realización de transferencias mediante la aplicación equitativa, de buena fe y no discriminatoria de sus leyes y reglamentos, en caso de protección de los derechos de los acreedores, emisión, comercio y operaciones de valores, reportes de transferencias de divisas u otros instrumentos monetarios, y como garantía del cumplimiento de las sentencias en procedimientos civiles, administrativos y penales.

4. En ausencia de un mercado cambiario, la cotización que se utilizará será la más reciente cotización cambiaria para la conversión de divisas a derechos especiales de giro.

Artículo 7

Subrogación

Si un Estado Contratante realiza pagos a cualquiera de sus nacionales o sociedades respecto a una garantía que haya asumido en relación a una inversión en el territorio del otro Estado Contratante, este último reconocerá la transmisión, ya sea bajo una ley o conforme a una transacción legal, de cualquier derecho o reclamación de dicho nacional o sociedad al primer Estado Contratante. El Estado Contratante de que se trate reconocerá la subrogación del primer Estado Contratante en cualquier derecho o reclamación (reclamaciones asignadas). No obstante, en caso de controversia, únicamente, podrá ejercitar estos derechos e interponer dichas reclamaciones una persona natural o persona legal privada a la cual el primer Estado Contratante haya asignado el derecho de acción. Respecto a la transferencia de pagos realizados en virtud de dichas reclamaciones asignadas, el Artículo 4, párrafos 2 y 3, así como los Artículos 5 y 6 se aplicarán mutatis mutandis.

Artículo 8

Otras Disposiciones

1. Si de las disposiciones legales de uno de los Estados Contratantes, o de obligaciones emanadas del Derecho Internacional al margen del presente Acuerdo, actuales o futuras, entre los Estados Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades del otro Estado Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Acuerdo, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Acuerdo, en cuanto sea más favorable.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere schriftliche Verpflichtung einhalten, die er in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet eingegangen ist, wobei Meinungsverschiedenheiten, die sich aus diesen Verpflichtungen ergeben, nur nach den Bestimmungen der Verträge beigelegt werden, welche den Verpflichtungen zugrundeliegen.

Artikel 9

Anwendungsbereich

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Dies gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten, die schon vor Inkrafttreten dieses Vertrags entstanden sind.

Teil II

Streitschlichtung

Abschnitt 1

Streitschlichtung zwischen den Vertragsstaaten

Artikel 10

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten in Konsultationen oder Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten frühestens vier Monate nach Notifizierung des Beginns der Konsultationen oder Verhandlungen einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

2. Cada Estado Contratante observará cualquier otra obligación por escrito que haya asumido en relación a inversiones en su territorio por nacionales o sociedades del otro Estado Contratante; las controversias surgidas respecto de dichas obligaciones, serán solucionadas únicamente de acuerdo a las disposiciones contenidas en el contrato respectivo.

Artículo 9

Ambito de Aplicación

El presente Acuerdo se aplicará también a las inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de un Estado Contratante antes de la entrada en vigor del mismo, conforme a las disposiciones legales del otro Estado Contratante en su territorio. Sin embargo, no se aplicará a divergencias o controversias que hayan surgido con anterioridad a su entrada en vigor.

Parte II

Solución de Controversias

Sección 1

Solución de Controversias entre los Estados Contratantes

Artículo 10

Controversias entre los Estados Contratantes

1. Las controversias que surgieren entre los Estados Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Acuerdo deberán, en lo posible, ser dirimidas mediante consultas o negociaciones por los gobiernos de ambos Estados Contratantes.

2. Si una controversia no pudiere ser dirimida de esa manera, una vez transcurridos como mínimo cuatro meses contados a partir de la notificación del inicio de consultas o negociaciones, aquella será sometida a un tribunal arbitral a petición de uno de los Estados Contratantes.

3. El tribunal arbitral será constituido ad hoc; cada Estado Contratante nombrará a un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como Presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los gobiernos de ambos Estados Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, y el Presidente dentro de un plazo de tres meses; dichos plazos serán contados a partir de que uno de los Estados Contratantes haya comunicado al otro que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

4. Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Estado Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de uno de los Estados Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de uno de los dos Estados Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de uno de los Estados Contratantes.

5. El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Estado Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro y de sus representantes en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por los dos Estados Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

Abschnitt 2

Streitschlichtung

zwischen einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft
eines Vertragsstaats und dem anderen Vertragsstaat

Artikel 11

Anwendungsbereich und Klagebefugnis

Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Vertragsstaat und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft des anderen Vertragsstaats, die nach dem Inkrafttreten des Vertrags entstanden sind und eine mutmaßliche Vertragsverletzung des erstgenannten Vertragsstaats betreffen, die dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft oder seiner Kapitalanlage einen Verlust oder Schaden zufügt. Ein Unternehmen, das eine Kapitalanlage eines Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft des anderen Vertragsstaats ist, ist nach diesem Abschnitt nicht befugt, ein Schiedsgericht anzurufen.

Artikel 12

Arten der Streitschlichtung und Fristen

(1) Die Meinungsverschiedenheit soll, soweit möglich, durch Verhandlungen oder Konsultationen beigelegt werden. Wenn die Meinungsverschiedenheit nicht auf diese Weise beigelegt wird, so kann sie der Staatsangehörige oder die Gesellschaft eines Vertragsstaats zur Entscheidung vorlegen:

- a) den ordentlichen Gerichten oder Verwaltungsgerichten des beteiligten Vertragsstaats;
- b) gemäß jedem vorher vereinbarten anwendbaren Streitschlichtungsverfahren, oder
- c) gemäß diesem Artikel:
 - i) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten („das Zentrum“), das gemäß dem Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten („ICSID-Übereinkommen“) gegründet wurde, sofern sowohl der Vertragsstaat des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft als auch der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat Vertragsstaaten des ICSID-Übereinkommens sind;
 - ii) dem Zentrum gemäß den „Regeln über die zusätzlichen Fazilitäten zur Behandlung von Streitfällen durch das Zentrums-Sekretariat“, wenn entweder der Vertragsstaat des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft oder der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat, nicht aber beide, Vertragsstaat des ICSID-Übereinkommens ist;
 - iii) einem Einzelschiedsrichter oder einem von Fall zu Fall zu bildenden Schiedsgericht, das nach den „Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen zum internationalen Handelsrecht“ („UNCITRAL“) errichtet wird;
 - iv) einem Einzelschiedsrichter der Internationalen Handelskammer oder einem von Fall zu Fall nach deren Regeln gebildeten Schiedsgericht.

(2) Für das Verfahren sind die Regeln der einschlägigen Schiedsordnung maßgeblich, soweit dieser Abschnitt keine abweichenden Regelungen trifft.

(3) Eine Meinungsverschiedenheit kann gemäß Absatz 1 Buchstabe c einem Schiedsverfahren unterbreitet werden, vorausgesetzt, daß sechs Monate seit dem anspruchsbegründenden Ereignis vergangen sind und der Staatsangehörige oder die Gesellschaft dem am Streit beteiligten Vertragsstaat mindestens 60 Tage vorher seine Absicht, ein Schiedsverfahren einzuleiten, schriftlich mitgeteilt hat, aber nicht später als vier Jahre nach dem Zeitpunkt, an dem der Staatsangehörige oder die Gesellschaft Kenntnis von den Ereignissen erlangt hat oder erlangt haben müßte, welche die Meinungsverschiedenheit begründet haben.

Sección 2

Solución de Controversias
entre un Nacional o Sociedad de un Estado Contratante
y el otro Estado Contratante

Artículo 11

Ambito y Derecho de Acción

Esta Sección se aplica a controversias entre un Estado Contratante y un nacional o sociedad del otro Estado Contratante, que surjan a partir de que el Acuerdo entre en vigor, respecto de un supuesto incumplimiento de una obligación del Estado Contratante conforme a este Acuerdo, que ocasione pérdida o daño al nacional o sociedad o a su inversión. Una sociedad que sea una inversión de un nacional o sociedad del otro Estado Contratante, no podrá someter reclamación alguna a arbitraje de acuerdo con esta Sección.

Artículo 12

Medios de Solución y Plazos

1. De ser posible, la controversia debe resolverse a través de negociaciones o consultas. De no ser resuelta, el nacional o la sociedad de un Estado Contratante pueden decidir someter la controversia a resolución:

- a) de los tribunales ordinarios o administrativos del Estado Contratante que es parte en la controversia;
- b) de acuerdo con cualquier procedimiento de solución de controversias previamente acordado, o
- c) de acuerdo con este Artículo:
 - i) al Centro Internacional de Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones („el Centro“), establecido de acuerdo al Convenio sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de Otros Estados („el Convenio del CIADI“), si el Estado Contratante del nacional o sociedad de que se trate y el otro Estado Contratante son partes del Convenio del CIADI;
 - ii) al Centro, conforme a las Reglas del Mecanismo Complementario del CIADI, cuando uno de los Estados Contratantes, pero no ambos, sea Estado Parte del Convenio del CIADI;
 - iii) a un solo árbitro o a un tribunal arbitral ad hoc, establecido de acuerdo con las reglas de arbitraje de la Comisión de las Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional („CNUDMI“);
 - iv) a un solo árbitro de la Cámara Internacional de Comercio o a un tribunal arbitral ad hoc, de acuerdo con sus reglas de arbitraje.

2. Las reglas aplicables al arbitraje regirán al mismo, salvo en la medida de lo modificado por esta Sección.

3. Una controversia puede ser sometida a resolución, de acuerdo con el párrafo 1, inciso c) de este Artículo, una vez que hayan transcurrido seis meses desde que los actos que motivan la reclamación tuvieron lugar, siempre que el nacional o sociedad de un Estado Contratante haya entregado al otro Estado Contratante que es parte en la controversia, notificación por escrito de su intención de someter la reclamación a arbitraje por lo menos con 60 días de anticipación, y siempre y cuando no haya transcurrido un plazo de cuatro años a partir de la fecha en que el nacional o sociedad tuvo o debió haber tenido conocimiento de los actos que dieron lugar a la controversia.

(4) Haben Staatsangehörige oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland oder ihre Kapitalanlage ein innerstaatliches Gericht der Vereinigten Mexikanischen Staaten angerufen, so kann die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht nur dann unterbreitet werden, wenn das innerstaatliche mexikanische Gericht in erster Instanz noch keine Sachentscheidung getroffen hat.

(5) Hat ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft eines Vertragsstaats eine Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreitet, dürfen weder er noch das Unternehmen, das Gegenstand seiner Kapitalanlage ist, ein Verfahren vor einem innerstaatlichen Gericht eröffnen oder fortsetzen.

Artikel 13

Einverständnis der Vertragsstaaten

Jeder Vertragsstaat erklärt hiermit sein uneingeschränktes Einverständnis damit, daß eine Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit diesem Abschnitt unterbreitet wird.

Artikel 14

Bildung des Schiedsgerichts

(1) Soweit die Streitparteien nichts Abweichendes vereinbaren, besteht das Schiedsgericht aus drei Mitgliedern. Jede Streitpartei ernannt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf ein drittes Mitglied als Obmann.

(2) Die Mitglieder von Schiedsgerichten müssen über einschlägige Sachkenntnisse im Völkerrecht und in Investitionsangelegenheiten verfügen.

(3) Wird das Schiedsgericht nicht innerhalb von 90 Tagen nach Einreichung des Antrags auf Einleitung des Schiedsverfahrens errichtet, entweder weil eine der Streitparteien es unterließ, ein Mitglied zu bestellen, oder weil die bestellten Mitglieder sich nicht auf einen Obmann einigen konnten, so kann jede Streitpartei den Generalsekretär des ICSID bitten, den oder die fehlenden Mitglieder zu bestellen. Bei der Bestellung des Obmanns muß der Generalsekretär des ICSID jedoch sicherstellen, daß der Obmann nicht Staatsangehöriger eines der Vertragsstaaten ist.

Artikel 15

Verfahrensverbindung

(1) Bei Verfahrensverbindung nach diesem Artikel wird das Gericht nach den UNCITRAL-Schiedsregeln gebildet und verfährt nach seinen Bestimmungen, es sei denn, dieser Abschnitt sieht andere Regelungen vor.

(2) In den folgenden Fällen kommt es zu einer Verfahrensverbindung:

- a) wenn ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft eines Vertragsstaats in Vertretung einer Gesellschaft, die in seinem Eigentum oder unter seinem Einfluß steht, ein Rechtsmittel einbringt und gleichzeitig ein anderer oder weitere an der Gesellschaft beteiligte Staatsangehörige oder Gesellschaften, die jedoch keinen maßgeblichen Einfluß haben, im eigenen Namen aufgrund derselben Vertragsverletzung Rechtsmittel einlegen; oder
- b) wenn zwei oder mehr Rechtsmittel wegen derselben Fragen zur Sach- und Rechtslage in einem Schiedsverfahren eingelegt werden.

(3) Das Gericht, das sich mit der Verfahrensverbindung befaßt, entscheidet über die Gerichtsbarkeit, der die Rechtsmittel zu unterwerfen sind, und prüft die genannten Rechtsmittel gemeinsam, es sei denn, ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft macht geltend, daß seine bzw. ihre Interessen ernsthaft geschädigt werden.

4. En caso de que un nacional o sociedad de la República Federal de Alemania o su inversión haya comenzado un procedimiento ante un tribunal de los Estados Unidos Mexicanos, la controversia solamente podrá someterse al arbitraje si el tribunal competente mexicano no ha dictado sentencia en primera instancia sobre el fondo del asunto.

5. Si un nacional o sociedad de un Estado Contratante somete una controversia a arbitraje, ni aquel ni la sociedad que sea objeto de su inversión, podrán iniciar o continuar un procedimiento ante un tribunal nacional.

Artículo 13

Consentimiento del Estado Contratante

Cada Estado Contratante otorga su consentimiento incondicional al sometimiento de una controversia a arbitraje internacional de acuerdo con esta Sección.

Artículo 14

Integración del Tribunal Arbitral

1. A menos que las partes contendientes convengan otra cosa, el tribunal arbitral se integrará por tres miembros. Cada parte contendiente designará un miembro y éstos, a su vez, deberán nombrar a un tercero como Presidente.

2. Los miembros de los tribunales arbitrales deben tener experiencia en Derecho Internacional y en materia de inversión.

3. Si un tribunal arbitral no ha sido constituido dentro de un término de 90 días contado a partir de la fecha en que la reclamación fue sometida a arbitraje, ya sea porque una de las partes contendientes no designó miembro o los nombrados no llegaron a un acuerdo sobre el Presidente, el Secretario General del CIADI, a petición de cualquiera de las partes contendientes, nombrará a su discreción al miembro o miembros aún no designados. No obstante, el Secretario General del CIADI, en el momento de designar al Presidente, deberá asegurarse que dicho Presidente no sea nacional de alguno de los Estados Contratantes.

Artículo 15

Acumulación

1. Un tribunal de acumulación establecido conforme a este Artículo se instalará de acuerdo a las Reglas de Arbitraje de la CNUDMI y procederá de conformidad con sus disposiciones, salvo lo dispuesto por esta Sección.

2. Los procedimientos se acumularán en los siguientes casos:

- a) cuando un nacional o sociedad de un Estado Contratante presente una reclamación en representación de una sociedad de su propiedad o que esté bajo su control y, simultáneamente, otro(s) nacional(es) o sociedad(es) de ese mismo Estado Contratante que tengan participación en la misma sociedad, pero sin tener control de ésta, presenten reclamaciones por cuenta propia como consecuencia de las mismas violaciones de este Acuerdo; o
- b) cuando se sometan a arbitraje dos o más reclamaciones derivadas de cuestiones de hecho y de derecho comunes.

3. El tribunal de acumulación resolverá sobre la jurisdicción a la que habrán de someterse las reclamaciones y examinará conjuntamente dichas reclamaciones, salvo que un nacional o sociedad alegue que sus intereses son seriamente perjudicados.

Artikel 16**Ort des Schiedsverfahrens**

Jedes Schiedsverfahren nach diesem Abschnitt findet auf Verlangen einer der Streitparteien in einem Land statt, das Mitglied des „Abkommens der Vereinten Nationen über die Anerkennung und die Vollstreckung von ausländischen Schiedssprüchen (New Yorker Konvention)“ ist. Ansprüche, die nach diesem Abschnitt einem Schiedsverfahren unterbreitet werden, gelten als aus einer wirtschaftlichen Beziehung oder Tätigkeit im Sinne des Artikels 1 der New Yorker Konvention entstanden.

Artikel 17**Entschädigung**

Kein Vertragsstaat wird zum Zwecke der Verteidigung, der Widerklage oder aus einem anderen Grund geltend machen, daß eine Entschädigung oder ein anderer Ausgleich für einen Teil des mutmaßlichen Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Garantie oder Versicherung geleistet wurde oder geleistet werden wird.

Artikel 18**Anzuwendendes Recht**

Das nach diesem Abschnitt bestellte Gericht wird über die Meinungsverschiedenheit auf der Grundlage dieses Vertrags und der anwendbaren Regeln und Prinzipien des Völkerrechts entscheiden.

Artikel 19**Schiedssprüche und Vollstreckung**

(1) Schiedssprüche können den folgenden Inhalt haben:

- a) die Feststellung, daß der Vertragsstaat seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht eingehalten hat;
- b) Schadensersatz, einschließlich der Zinsen vom Zeitpunkt des Schadenseintritts bis zum Zeitpunkt der Zahlung;
- c) die Entschädigung in Sachwerten in geeigneten Fällen, aber der Vertragsstaat kann stattdessen Entschädigung in Geld leisten, falls die Entschädigung in Sachwerten nicht möglich ist. Die Entschädigung in Sachwerten schließt die Rückübertragung des Eigentums ein; und
- d) mit Zustimmung der Streitparteien jeden anderen Inhalt.

(2) Schiedssprüche sind nur für die Streitparteien und nur hinsichtlich des konkreten Streitfalls endgültig und bindend.

(3) Ein Schiedsgericht darf nicht die Zahlung vom Strafschadensersatz gegen einen Vertragsstaat anordnen.

(4) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet für die ordnungsgemäße Vollstreckung von Schiedssprüchen nach diesem Artikel Sorge tragen und den Schiedsspruch aus einem Verfahren, an dem er beteiligt ist, unverzüglich erfüllen.

(5) Der Staatsangehörige oder die Gesellschaft kann die Vollstreckung eines Schiedsspruchs nach dem ICSID-Übereinkommen oder dem New Yorker Übereinkommen beantragen.

Artikel 20**Ausschluß**

Dem Streitschlichtungsverfahren nach diesem Abschnitt werden keine Maßnahmen unterworfen, denen zufolge ein Vertragsstaat entsprechend seiner Gesetzgebung aus Gründen der nationalen Sicherheit den Erwerb einer Kapitalanlage in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß seiner

Artículo 16**Lugar del Arbitraje**

A petición de cualquiera de las partes contendientes, cualquier arbitraje que se lleve a cabo conforme a esta Sección se realizará en un Estado que sea parte de la Convención de las Naciones Unidas sobre el Reconocimiento y Ejecución de las Sentencias Arbitrales Extranjeras („Convención de Nueva York“). Conforme a esta Sección, se considerará que las reclamaciones sometidas a arbitraje surgen de una relación u operación comercial para los efectos del Artículo I de la Convención de Nueva York.

Artículo 17**Indemnización**

Ningún Estado Contratante podrá plantear como medio de defensa, reconvencción, u otro, que una indemnización u otra compensación ha sido recibida o habrá de recibirse por una parte o la totalidad del daño en virtud de una garantía o de un contrato de seguro.

Artículo 18**Derecho Aplicable**

Un tribunal establecido conforme a esta Sección decidirá la controversia de conformidad con este Acuerdo, y con las reglas y principios aplicables del Derecho Internacional.

Artículo 19**Laudos y Ejecución**

1. Los laudos pueden tomar las siguientes formas de resolución:

- a) declaración de que el Estado Contratante no ha cumplido con sus obligaciones de conformidad con este Acuerdo;
- b) indemnización compensatoria, que debe incluir intereses desde el momento en que se causen los daños hasta la fecha de pago;
- c) restitución en especie, en casos apropiados, pero el Estado Contratante puede pagar en su lugar indemnización compensatoria, cuando la restitución en especie no sea factible. La restitución en especie incluye la restitución de la propiedad, y;
- d) con el consentimiento de las partes contendientes, cualquier otra forma de resolución.

2. Los laudos serán definitivos y obligatorios solamente respecto de las partes contendientes y solamente con respecto al caso concreto.

3. Un tribunal arbitral no podrá exigir a un Estado Contratante el pago de daños que tengan carácter punitivo.

4. Cada Estado Contratante deberá tomar, en su territorio, las medidas necesarias para la efectiva ejecución del laudo de acuerdo con lo establecido en este Artículo, y acatar y cumplir sin demora cualquier laudo emitido en un procedimiento del cual sea parte contendiente.

5. Un nacional o sociedad podrá recurrir a la ejecución de un laudo, a través del Convenio del CIADI o de la Convención de Nueva York.

Artículo 20**Exclusiones**

No estarán sujetas al mecanismo de solución de controversias de esta Sección, las resoluciones que adopte un Estado Contratante que, por razones de seguridad nacional, prohíban o restrinjan la adquisición de una inversión en su territorio que sea propiedad o esté controlada por sus nacionales, por parte de nacio-

eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften steht, durch Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats verbietet oder einschränkt.

nales o sociedades del otro Estado Contratante, de conformidad con la legislación del Estado Contratante de que se trate.

Teil III Schlußbestimmungen

Artikel 21 Protokoll

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 22 Inkrafttreten, Geltungsdauer und Beendigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Der Vertrag bleibt zunächst zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern der Vertrag nicht von einem der Vertragsstaaten zwölf Monate vor seinem Außerkrafttreten schriftlich gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann den Vertrag nach Ablauf von zehn Jahren oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch Notifikation mit einer Frist von zwölf Monaten kündigen.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 21 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag seines Außerkrafttretens.

Geschehen zu Mexiko-Stadt am 25. August 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la Republica Federal de Alemania
Werner Reichenbaum

Für die Vereinigten Mexikanischen Staaten
Por los Estados Unidos Mexicanos
Dr. Hermino Blanco Mendoza

Parte III Disposiciones Finales

Artículo 21 Protocolo

El Protocolo anexo es parte integral de este Acuerdo.

Artículo 22 Entrada en Vigor, Vigencia y Terminación

1. El presente Acuerdo estará sujeto a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible.

2. El presente Acuerdo entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por uno de los Estados Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, cada Estado Contratante podrá denunciar el Acuerdo en cualquier momento, mediante notificación realizada con 12 meses de anticipación.

3. Para inversiones realizadas hasta el momento de expiración del presente Acuerdo, las disposiciones de los Artículos 1 al 21 seguirán rigiendo durante los 15 años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Acuerdo.

Hecho en la ciudad de México, el 25 de agosto de 1998, en dos ejemplares, en idioma alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocolo
del Acuerdo
entre la República Federal de Alemania
y los Estados Unidos Mexicanos
sobre Promoción y Protección Recíproca de las Inversiones

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Zur weiteren Klarstellung vereinbaren die Vertragsstaaten, daß Artikel 1 Nummer 1 und Artikel 6 nur solche Kapitalanlagen erfassen, die mit dem Ziel der Errichtung dauernder wirtschaftlicher Beziehungen zu einem Unternehmen getätigt werden, wie insbesondere Kapitalanlagen, welche die Möglichkeit der Ausübung eines tatsächlichen Einflusses auf dessen Geschäftsführung schaffen.
- b) Der Begriff „indirekte“ Kapitalanlage umfaßt nur solche Fälle, in denen sowohl die Tochtergesellschaft als auch deren Kapitalanlage ihren Sitz im Hoheitsgebiet des gleichen Vertragsstaats haben.
- c) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(2) Zu Artikel 2

Artikel 2 Absatz 3 gilt auch für den Zugang zu und die Benutzung von Einrichtungen für die physische Distribution im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage, in Übereinstimmung mit den von den Vertragsstaaten geschlossenen internationalen Übereinkünften.

(3) Zu Artikel 3

- a) Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise, den Aufenthalt und die Arbeitserlaubnis von Schlüsselpersonal des einen Vertragsstaats, das im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen will, wohlwollend prüfen.
- d) Jeder Vertragsstaat kann von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats im Zusammenhang mit deren Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet regelmäßige Informationen zu statistischen Zwecken verlangen.

En el acto de la firma del Acuerdo entre la República Federal de Alemania y los Estados Unidos Mexicanos sobre Promoción y Protección Recíproca de las Inversiones, los plenipotenciarios, estando debidamente autorizados, han acordado adicionar las siguientes disposiciones, que se considerarán como parte integral de dicho Acuerdo.

1. Ad Artículo 1

- a) para mayor claridad, los Estados Contratantes están de acuerdo en comprender conforme al Artículo 1, párrafo 1, y conforme al Artículo 6, únicamente aquellas inversiones que sean realizadas con el propósito de establecer relaciones económicas duraderas con una sociedad, tales como, en particular, inversiones que brinden la posibilidad de ejercer una influencia efectiva en la administración de aquella.
- b) el término inversión «indirecta» cubrirá únicamente aquellas situaciones donde tanto la subsidiaria como su inversión se encuentren localizadas en el territorio de un mismo Estado Contratante.
- c) las rentas de una inversión y, en caso de reinversión, las rentas de esta última gozarán de igual protección que la inversión misma.

2. Ad Artículo 2

El Artículo 2, párrafo 3, deberá también aplicarse al acceso a y al uso de sistemas de distribución física relacionados con una inversión, de conformidad con los acuerdos internacionales firmados por los Estados Contratantes.

3. Ad Artículo 3

- a) no se considerarán como «trato menos favorable» en el sentido del Artículo 3 las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, sanidad o moralidad.
- b) las disposiciones del Artículo 3 no obligan a un Estado Contratante a extender a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio del otro Estado Contratante las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se concedan a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio.
- c) los Estados Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración, residencia y permisos de trabajo del personal clave de uno de los Estados Contratantes que, en relación con una inversión, quieran entrar en el territorio del otro Estado Contratante.
- d) cada Estado Contratante podrá exigir a los nacionales o sociedades del otro Estado Contratante en su territorio, que proporcionen la información periódica con fines estadísticos relacionada con su inversión.

(4) Zu Artikel 4

Zur Festlegung des angemessenen Marktwertes können alle geeigneten Bewertungskriterien herangezogen werden.

(5) Zu Artikel 6

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- b) Im Falle eines fundamentalen Zahlungsbilanzungleichgewichts oder seines drohenden Eintritts können die Vereinigten Mexikanischen Staaten den freien Transfer des Kapitals nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d vorübergehend bis zu zwölf Monaten beschränken. Diese Beschränkungen werden in gerechter, nicht-diskriminierender Weise sowie nach Treu und Glauben festgesetzt.

(6) Zu Artikel 11

Damit ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft gegenüber dem Gaststaat klagebefugt ist, muß eine mutmaßliche Verletzung dieses Vertrags gemäß Artikel 11 ursächlich mit einem Verlust oder Schaden des Staatsangehörigen, der Gesellschaft oder der Kapitalanlage zusammenhängen. Obwohl eine Klagebefugnis bereits dann besteht, wenn der Schaden noch nicht eingetreten ist, aber unmittelbar bevorsteht, muß dieser, mit Ausnahme der in Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben a und d genannten Fälle, bereits eingetreten sein, damit ein Schiedsgericht eine entsprechende Entscheidung treffen kann.

4. Ad Artículo 4

Para determinar el valor adecuado de mercado pueden incluirse todos los criterios de valuación apropiados.

5. Ad Artículo 6

- a) una transferencia se considerará realizada «sin demora» en el sentido del Artículo 6, párrafo 2, cuando se haya efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de presentación de la solicitud correspondiente.
- b) en caso de un desequilibrio fundamental de la balanza de pagos o de una amenaza del mismo, los Estados Unidos Mexicanos pueden limitar temporalmente y hasta una duración de doce meses la libre transferencia de capital conforme al párrafo 1, inciso d. Estas restricciones se establecerán de forma equitativa, no discriminatoria y de buena fe.

6. Ad Artículo 11

Conforme al Artículo 11, un supuesto incumplimiento de este Acuerdo debe estar causalmente ligado a una pérdida o daño para el nacional, sociedad o su inversión, para que el nacional o la sociedad tengan derecho de acción para iniciar una reclamación en contra del Estado receptor de la inversión. No obstante, el daño siendo inminente no tendrá que haberse sufrido antes de que la controversia pueda someterse a arbitraje, pero deberá haber ocurrido para que el tribunal arbitral tome la decisión que corresponda, excepto en los casos previstos en el Artículo 19, párrafo 1, incisos a) y d).

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlicher Form festlegen.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag entspricht in wesentlichen Bestimmungen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen lateinamerikanischen Staaten ist.

II. Besonderes

Der Vertrag besteht aus 22 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“, „Staatsangehörige“, „Gesellschaften“ sowie „Hoheitsgebiet“. Im Hinblick auf den Begriff „Kapitalanlagen“ wird klargestellt, daß bestimmte Handelsgeschäfte und Kredite zu ihrer Finanzierung vom Geltungsbereich des Vertrags ausgeschlossen sind. Das gilt nicht für Gesellschafterdarlehen. Ferner stellt Protokollnummer 1 Buchstabe a klar, daß der Vertrag nur solche Kapitalanlagen erfaßt, die zwecks Errichtung dauernder wirtschaftlicher Beziehungen zu einem Unternehmen vorgenommen werden. Nach Protokollnummer 1 Buchstabe c genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs- und Zulassungsklausel sowie das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskri-

minieren sowie den nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen den vollen Schutz des Vertrags zu gewähren.

Zu Artikel 3

In Artikel 3 ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. Danach dürfen vorgenommene Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Kapitalanlagen oder solche dritter Staaten. In Protokollnummer 3 werden Klarstellungen zur Inländerbehandlung getroffen. Ferner enthält sie eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage und die Verpflichtung zum gegenseitigen Informationsaustausch in bezug auf Kapitalanlagen für statistische Zwecke.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz, die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung und den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden. Sie ist bis zur Zahlung zu verzinsen und muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein.

Zu Artikel 5

Artikel 5 enthält die Zusicherung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen.

Zu Artikel 6

In der Bestimmung wird der Transfer von Kapital und Erträgen gewährleistet. Enthalten sind ferner Bestimmungen über den anzuwendenden Wechselkurs und die Transferrist.

Gemäß Protokollnummer 5 Buchstabe b wird Mexiko das Recht eingeräumt, im Falle eines fundamentalen Zahlungsbilanzungleichgewichtes den freien Kapitaltransfer vorübergehend bis zu zwölf Monaten zu beschränken.

Zu Artikel 7

Die Vorschrift bestimmt, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann (Subrogation).

Zu Artikel 8

Für den Investor günstigeres Recht geht dem Vertrag vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsstaaten zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene schriftliche Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Hier wird festgelegt, daß der Vertrag auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten vorgenommen worden sind, gilt.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Der Artikel legt den Anwendungsbereich und die Klagebefugnis bei Meinungsverschiedenheiten in bezug auf eine Kapitalanlage zwischen dem jeweiligen Gaststaat und dem Investor fest.

Zu Artikel 12

Die Bestimmung räumt den Investoren mehrere Wahlmöglichkeiten für eine Streitschlichtung ein für den Fall, daß die Meinungsverschiedenheit in bezug auf eine Kapitalanlage nicht durch gütliche Einigung beider Seiten beigelegt werden kann.

Zu Artikel 13

In Artikel 13 erklären beide Seiten ihr Einverständnis, daß Meinungsverschiedenheiten einem internationalen Schiedsverfahren unterbreitet werden.

Zu Artikel 14

Die Vorschrift enthält Regeln über die Schiedsgerichtsbildung.

Zu Artikel 15

Artikel 15 befaßt sich mit den Voraussetzungen einer Verfahrensverbinding.

Zu Artikel 16

Der Artikel enthält Bestimmungen über den Ort des Schiedsverfahrens.

Zu Artikel 17

Die beiden Seiten verpflichten sich, eine Entschädigungsleistung aus einer Garantie oder Versicherung nicht zum Zwecke der Verteidigung, der Widerklage oder aus einem anderen Grund geltend zu machen.

Zu Artikel 18

Artikel 18 stellt klar, daß das jeweils bestellte Gericht auf der Grundlage dieses Vertrags und der Regeln und Prinzipien des Völkerrechts entscheidet.

Zu Artikel 19

In der Bestimmung werden die Inhalte von Schiedssprüchen sowie die Grundsätze ihrer Vollstreckung erläutert.

Zu Artikel 20

Der Artikel schließt Maßnahmen vom Streitschlichtungsverfahren aus, die aus Gründen der nationalen Sicherheit den Erwerb von Kapitalanlagen für Investoren des anderen Vertragsstaats verbieten oder einschränken.

Zu Artikel 21

Artikel 21 stellt klar, daß das beiliegende Protokoll Bestandteil des Vertrags ist.

Zu Artikel 22

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre, danach unbefristet. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere fünfzehn Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält neben den bereits erwähnten Erläuterungen einige weitere Klarstellungen zu einzelnen Vertragsbestimmungen. Sie sind Bestandteil des Vertrags.

26.11.99

Stellungnahme des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 25. August 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 745. Sitzung am 26. November 1999 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.